



Haus des Landtags

Konrad-Adenauer-Straße 3

70173 Stuttgart

Heute »Corona-Applaus« und »Heldentrufe« und morgen Zwangsgelderpressung und Schikane durch Ihre Pflegekammer. Ist das Ihre Wertschätzung unseres »systemrelevanten« Berufsstandes?

Wie viel Schaden wollen Sie noch am Berufsstand Pflege anrichten?

Sehr geehrter geehrte



sind Ihnen die Ereignisse in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und vor allem Niedersachsen keine Warnung? Welcher enorme Schaden hier am Berufsstand Pflege mit den dortigen Pflegezwangskammern angerichtet wurde, ist bereits jetzt offensichtlich. In Zeiten eines gravierenden, wachsenden Pflegenotstandes, in einer Zeit in der in einem der reichsten Länder dieser Welt, die Pflege der Alten und Kranken längst nicht mehr sichergestellt ist, eine solche »Amokfahrt« gegen uns Pflegekräfte zu fahren, die das System noch halbwegs am Leben erhalten, macht mich nur noch fassungslos.

Die **tatsächliche** Wahlbeteiligung, bezogen auf die alle Kammerbetroffenen in den Pflegezwangskammern dieser drei Bundesländer, spricht eine unmissverständliche Sprache:

Rheinland-Pfalz	Wahlbeteiligung ca. 24%
Schleswig-Holstein	Wahlbeteiligung ca. 16%
Niedersachsen	Wahlbeteiligung ca. 13%

In all diesen Bundesländern gab es vorher Umfragen von politisch beauftragten Meinungsforschern, die erwartungsgemäß eine »überwältigende Mehrheit« für so eine Kammer im Ergebnis hatten. Überall wurde die Politik dafür Lügen gestraft. Zehntausende ablehnende Pflegekräfte werden bereits jetzt unter Bedrohung mit Sanktionen, Strafen und juristischen Übergriffen in diese politisch angeordneten Pflegezwangskammern genötigt. Das motiviert nicht im Beruf zu bleiben.

Und was machen Sie gerade in Baden-Württemberg? **Den »Wert« und »Geist« der Umfrage auf die Sie sich berufen, haben nicht nur die Pflegekräfte erkannt, die überhaupt daran hätten teilnehmen können.**

In Hessen hat das Statistische Landesamt die Befragung durchgeführt und es kam prompt die Ablehnung einer Pflegekammer als Ergebnis heraus.

In Niedersachsen demonstrieren seit über einem Jahr Tausende Pflegekräfte gegen die Pflegekammer. Über 50.000 Betroffenen haben in einer Onlinepetition die Abschaffung gefordert. Dadurch wurde die Politik zum Handeln gezwungen und hat die Kammer in einem ersten Schritt beitragsfrei gestellt. Eine Abschaffung wird inzwischen sogar von der Politik gefordert. Ihr Vorbild für Baden-Württemberg?



In Schleswig-Holstein wird eine Umfrage unter allen Pflegekräften über einen Fortbestand der Zwangskammer entscheiden. Auch dort wird regelmäßig demonstriert. Die Kämmerlinge versuchen dort mit allen Mitteln eine Vollbefragung zu verhindern.

Wie viele Hinweise benötigen Sie noch, um zu erkennen, dass hier kein Berufsstand aufgewertet, sondern der Pflegeberuf massiv geschädigt wird? Wollen Sie wirklich den gleichen Schaden am Berufsstand Pflege auch in Baden-Württemberg anrichten? Reicht Ihnen der aktuelle Pflegenotstand nicht aus?

Ziehen Sie die Reißleine. Auch in der jetzigen Situation gibt es noch eine Lösung, um aus der Misere auszusteigen:

Eine Kammer mit freiwilliger Mitgliedschaft, wie z. B. in Bayern, ist eine Lösung, bei der Sie Ihr politisches Gesicht wahren und kein weiterer Schaden am Berufsstand Pflege angerichtet wird.

Wichtig sind in diesem Land die Menschen welche die Leistung der Pflege am Menschen erbringen. Nicht die selbst ernannten Pflegeräte und Verbandsfunktionäre, die in ihren Büros sitzen und sich längst von den praktischen Pflegekräften entfernt haben. Menschen, die sich an den Schreibtisch gerettet haben und glauben, von dort aus, die Pflegekräfte mit praxisfernen Regeln und Sanktionen überziehen zu müssen. Pflegeschulen, die schon das Millionengeschäft mit der Pflichtfortbildung wittern. Verwaltungskräfte und Berufstheoretiker, die keine Menschen pflegen, die für die Pflegebedürftigen keinen Mehrwert bringen und bestenfalls teuer ihr Ego streicheln wollen.

Genau diesen Leuten, richten Sie mit Ihrer Pflegezwangskammer schöne Posten zum Nachteil der am Menschen arbeitenden Pflegekräfte ein.

Eine politisch angeordnete Kammer mit Zwang, ist nur eine Millionen Euro teure, berufsbildinterne Verwaltung und in einer Demokratie definitiv keine Interessenvertretung. Sie verschlingt jährlich Millionen von Euro Zwangsbeiträge zum nutzlosen Selbstbetrieb und wertet den Beruf nicht auf. Niemand wird einen Beruf ergreifen, weil er eine Kammer und die Verwaltungskräfte darin finanzieren muss.

Jede Maßnahme, die den Pflegeberuf unattraktiver macht, verschlechtert die Lage und Sicherheit der Pflegebedürftigen in diesem Land. Genau das machen diese Pflegezwangskammern gerade.

Ein Schaden an den pflegebedürftigen Menschen, der Ihrer Partei, Ihren Parteimitgliedern und natürlichen auch Ihnen persönlich zugeordnet wird.

Bereits heute rate ich jungen Menschen dringend davon ab, einen Pflege- oder Sozialberuf zu ergreifen. Wenn jetzt auch noch eine kostenpflichtige, reglementierende und sanktionierende Zwangskammer dazu kommt, dann bestätigt das einmal mehr, dass diese Initiative mehr als richtig und gerechtfertigt ist.

Ich kann nur dringend an Sie appellieren. In Zeiten des rasant wachsenden Pflegenotstandes ist es das absolut falsche Zeichen, den Berufsstand der Pflegenden weiter zu belasten, unattraktiver zu machen und den im Beruf arbeitenden Menschen zusätzliche Kosten, Aufgaben und Risiken aufzuerlegen. Mit einer Kammer auf freiwilliger Basis verärgern sie bestenfalls ein paar Bürokraten oder profilierungssüchtige Funktionäre. Auf die können wir Pflegekräfte und der Berufsstand sehr gut verzichten.

Staatlich angeordneter Zwang ist keine Wertschätzung von Menschen, die in Pflegeberufen arbeiten.



Pflegekammerzwang ist politisch angeordnete Gewalt gegen Pflegekräfte.

Vorsätzlich. Wissentlich. Unentschuldbar.

Vorteile einer freiwilligen Kammer gegenüber einer Zwangskammer

(Vergleich: Pflegezwangskammer Niedersachsen vs. freiwillige »Pflegekammer« Bayern)

	Zwangskammer	freiwillige Kammer
Rechtsform	Körperschaft des Öffentlichen Rechts	Körperschaft des Öffentlichen Rechts
Mitgliedschaft	Zwangsmitgliedschaft	Freiwillige Mitgliedschaft
Finanzierung	Zwangsbeiträge	staatl. Grundfinanzierung und Mitgliedsbeiträge
Rechtsaufsicht	Land	Land
Interessen der Pflegeberufe zu vertreten, zu fördern und zu stärken	☹ außer »berufliche Belange« der Kammerbetroffenen	☑
die Qualitätsentwicklung und -sicherung der Berufsausübung, insbesondere durch die Erarbeitung von Empfehlungen zu fördern	☹ nur für Kammerbetroffene	☑ sogar für alle Angehörige der Pflegeberufe
Beratung in Fragen der Berufsausübung	☹ nur für Kammerbetroffene	☑ sogar für alle Angehörige der Pflegeberufe
die Weiterbildung der Kammermitglieder nach Maßgabe dieses Gesetzes zu regeln	☹ nur für Kammerbetroffene	☑ sogar für alle Angehörige der Pflegeberufe
Behörden und Gerichten Gutachten zu erstatten oder Gutachter/innen zu benennen	☑	☑
Behörden bei der Verwaltungstätigkeit und in Fragen der Gesetzgebung zu beraten und zu unterstützen	☑	☑
Ihre Mitglieder in berufsrechtlichen, berufsethischen und fachlichen Belangen zu beraten	☑	☑
den öffentlichen Gesundheitsdienst bei der Erfüllung seiner Aufgaben zu unterstützen	☑	☑
Die Landesregierung wird ermächtigt, der Kammer durch Verordnung die Pflegeberufe betreffende Aufgaben zur Erfüllung nach Weisung zu übertragen	☑	☑
Überwachung der Berufspflichten der Kammerbetroffenen	☑	☑
Streitschlichtung / Mediation	☑	☑

Zusammenstellung: Kai Boeddinghaus, Bundesverband für freie Kammern e.V. (überarbeitet)

Eine Kammer auf freiwilliger Basis bedeutet:

- **Jeder der eine Kammer haben möchte, bekommt diese und kann sich uneingeschränkt engagieren.** Wer eine solche Kammer ablehnt und diese wie z.B. in Bayern boykottiert, hat andere Interessen, als die, die er vorgibt.
- Keine millionenschwere Verwaltung zum Einziehen von Zwangsbeiträgen, keine »Mitglieder«-Verwaltung und Reglementierungen und Sanktionen auf Kosten der am Menschen arbeitenden Pflegekräfte.
- Keine millionenschwere Selbstverwaltung, die sich zu Lasten der Pflegekräfte in erster Linie selbst verwaltet.
- Keine Probleme mit der »Kammerüblichen« Intransparenz, Selbstbedienung und Überheblichkeit.
- Kein Gefühl der politisch verordneten Meinungsgleichschaltung, sondern tatsächliche Interessenvertretung statt Zwangsverwaltung ohne Auftrag und Legitimation durch die Betroffenen.
- Keine weitere Frustration der Pflegenden, durch Androhung und Ausübung juristischer Übergriffe wegen Zwangszahlungen und Zwangsregistrierungen.
- Keine weitere Frustration der Pflegenden, durch Arbeits- und Zeitaufwand sowie Folgekosten für Fortbildungen und ggf. Versicherungen.
- Eine Mitgliedschaft in der Kammer kann als eine Art »Qualitätssiegel« verwendet werden.
- **Keine weitere Politikverdrossenheit und Wut, die auf eine Partei, politische Arbeit aber auch auf die Mitglieder und Verantwortlichen einer Partei persönlich zurückfällt.**

Zusammengefasst bedeutet eine Kammer mit freiwilliger Mitgliedschaft:

- Keine durch Kammerzwang bedingte **Verschärfung des Pflegenotstandes.**
- Kein weiterer **Attraktivitätsverlust des Pflegeberufes.**
- Kein weiterer **Schaden am Berufsstand Pflege.**



Eine Auswahl der Ereignisse in den Pflegezwangskammern in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Niedersachsen.

(Aus der Faktensammlung des bffk e.V., nachzulesen unter www.bffk.de)

- Mit der Hürde von 150 Unterstützerunterschriften wird es einem Großteil der Betroffenen nicht möglich, sich für die Wahl in die Vertretersammlung der Pflegekammer Rheinland-Pfalz aufstellen zu lassen. So steuert man die Zusammensetzung der »Vertreterversammlung«.
- Rheinland-Pfalz demotiviert weiter die Pflegekräfte in dem diesen 240€ Ordnungsgelder auferlegt werden, weil sie sich der Zwangsregistrierung entzogen haben.
- In Rheinland-Pfalz kämpfen Betroffene monatelang, um überhaupt in den Besitz einer Wahlordnung zu kommen.
- Die Pflegekammer Rheinland-Pfalz macht grobe Fehler bei der Berechnung der Zwangsbeiträge und verursacht mit der Korrektur erneut Kosten für die Betroffenen.
- Den Kammerbetroffenen in Rheinland-Pfalz müssen nach Mainz fahren, um den Haushaltsplan einzusehen. Eine Veröffentlichung auf der Homepage findet nicht statt.
- In der Anhörung des Landtages in Nordrhein-Westfalen sagte der Präsident der Pflegekammer Rheinland-Pfalz, Dr. Markus Mai, auf die Kostenbelastungen der Pflegekräfte durch Zwangsbeiträge, Pflichtfortbildung und Versicherungen:

„Die Landespflegekammer Rheinland-Pfalz verlangt auf keinen Fall, dass eine Berufshaftpflichtversicherung abgeschlossen wird; das wird keine Pflegekammer verlangen. Ich weiß nicht, wo Sie das gehört haben, aber das ist nicht richtig.“

Diese Aussage traf er, obwohl er wusste, dass diese Forderung klar im Gesetz verankert ist. Einige Wochen später wurde ein Entwurf einer Berufsordnung »geleakt«, welchen die Pflegekammer Rheinland-Pfalz ohne allgemeine Beteiligung der Pflegekräfte erarbeitet hat, in der genau diese Forderung unmissverständlich formuliert wurde.

- Die Pflegekammer Niedersachsen verwendet fast neunzig Prozent (88 %) der Zwangsbeiträge nur zur Aufrechterhaltung der eigenen Verwaltung, ohne dass dabei eine »Aufgabe« der Kammer erledigt wurde.
- Die Pflegekammer Niedersachsen, versucht eine kritische Pflegekraft mit einem gegenstandslosen und nahezu Inhaltslosen Anwaltsschreiben einzuschüchtern – auf Kosten der Zwangsbeitragszahler.
- Rund 40.000 Pflegekräfte werden in Niedersachsen von der Pflegezwangskammer mit Ordnungsgeldern bedroht, wenn sie sich nicht registrieren lassen.
- In einer Onlinepetition gegen die Pflegekammer Niedersachsen fordern über 50.000 Unterzeichner die Abschaffung der Kammer.
- 14.500 Unterzeichner fordern in einer Onlinepetition die Abschaffung der Pflegekammer Schleswig-Holstein. Die Demonstrationen halten an.
- Tausende Pflegekräfte demonstrieren Ende Februar auf dem Opernplatz in Hannover gegen die Pflegekammer Niedersachsen. Die Demonstrationen reißen bis heute nicht ab.
- Die Pflegekammer Schleswig-Holstein lehnt Zuschüsse des Landes ab, um eine Vollbefragung der Pflegekräfte über den Fortbestand der Kammer zu verhindern.
- Gegen den Wirtschaftsplan der Pflegekammer Niedersachsen wird Klage erhoben.
- Die Pflegekammer Niedersachsen muss unter anhalten Demonstrationen ihren Winterempfang absagen. Alle Parteien, außer den Grünen, haben abgesagt.
- Niedersachsen schafft die Zwangsbeiträge in der Pflegekammer ab, nachdem die Proteste gegen die Kammer nicht abebbten. Einige Politiker, die einst für die Existenz der Kammer verantwortlich waren, verlangen sogar die Abschaffung.
 - Die Pflegekammerpräsidentin in Niedersachsen wird in einem Misstrauensvotum mit 14 gegen 13 Stimmen abgelehnt, bleibt aber im Amt, da keine Zweidrittelmehrheit erreicht wurde.
 - ...

Wer zu einer Pflegezwangskammer »Ja« sagt, will diese Dinge und sehr vieles mehr, den Pflegekräften als politische und persönliche »Wertschätzung« aufbürden.

Vorsätzlich. Wissentlich. **Unentschuldigbar.**

